

NEUNER-JAHRE – STATIONEN DER SPRACHLICHEN DEMOKRATIEGESCHICHTE

von Heidrun Kämper

2009 jähren sich viele historische Ereignisse im Jubiläumsformat, und Jahreszahlen, die auf neun enden, scheinen schicksalhafte historische Daten zu sein, zumindest seit Beginn des grundlegenden Moderneereignisses von 1789.¹

Die Neuner-Reihe des 20. Jahrhunderts betrifft die Gründung der ersten deutschen Republik 1919, die Gründungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1949, das Ende der Protestbewegung und die sozialliberale Koalition 1969 sowie schließlich

den Prozess der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, der 1989 beginnt. Diese Jahreszahlen symbolisieren zweifellos Stationen der Demokratiegeschichte, genauer: die Diskontinuität der Demokratisierung. Denn: Die Demokratiegeschichte ist nicht im Sinn eines kontinuierlichen Prozesses vorstellbar, sie verlief vielmehr in Schüben (vgl. z. B. Kaelble 2001).

Die hier interessierende Frage lautet: Lassen sich die politisch-gesellschaftlichen Zäsuren der Demokratiegeschichte in Beziehung setzen zur Sprachgeschichte, genauer: zur Sprachgebrauchsgeschichte? Haben die politik- und gesellschaftsgeschichtlichen Ereignisse kollektive sprachliche Verschiebungen bewirkt?

Dass Sprache und Gesellschaft einen Konnex bilden und in einem Bedingungsverhältnis zueinander stehen, zählt zu den Grundüberzeugungen, um nicht zu sagen Binsenweisheiten der pragmatischen kulturwissenschaftlichen Sprachgeschichtsschreibung (vgl. exemplarisch die Beiträge in ZGL 34/2006; Linke 1998; Gipper 1984). Dieser Konnex manifestiert sich auch in der „Demokratisierung der Sprache“, so dass die genannten Symbolzahlen auch sprachgeschichtliche Zäsuren bezeichnen. Die Demokratisierung von 1919, die die Etablierung der parlamentarischen Demokratie meint, die Redemokratisierung, die 1949 für den Westen Deutschlands mit der Staatsgründung der Bundesrepublik, 1989 für den Osten mit der Wiedervereinigung abgeschlossen ist, und die im Kontext der Protestbewegung stehende Radikaldemokratisierung der sozialliberalen Koalition von 1969 – Demokratisierung, Redemokratisierung, Radikaldemokratisierung sind sprachlich manifest und jeweils in den entsprechenden Diskursen repräsentiert.

1919 – Demokratischer Aufbruch²

Der Demokratiediskurs der frühen Weimarer Zeit erweist sich als ein Stimmengewirr unterschiedlichster Provenienzen. Man drängt nach Partizipation – nur der Drang nach Teilhabe ist es, der diesem Gewirr sozusagen einen gemeinsamen Generalbass unterlegt. Denn: Diskurse der Beharrung und der Erneuerung streiten um die Hoheit, die der radikalen Linken und der radikalen Rechten, die der Monarchisten und der Kommunisten, die der völkischen Nationalisten und die der internationalen Sozialisten, um nur einige Extreme zu nennen.

Werfen wir einige wenige Schlaglichter auf den Demokratiediskurs der frühen Weimarer Zeit.

Die Revolutionsregierung ruft am 9. November 1918 zu Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung auf. Die Spartakusgruppe erklärt Mißtrauen als die

erste demokratische Tugend und ernennt die *Arbeiter- und Soldatenräte* als diejenige (nichtparlamentarische) Instanz, in deren Hand Gesetzgebung und Verwaltung liegen (Aufruf der Spartakusgruppe, 10.11.1918). Die Deutschnationale Volkspartei kämpft in ihrem Wahlauftritt vom Dezember 1918 mit monarchistischen Argumenten, indem sie für die *neue[...] demokratische[...] Verfassung eine monarchische Spitze als ein über den Parteien stehender persönlicher Faktor der Stetigkeit des politischen Lebens* vorsieht. Im Rätekongress zur Alternativen Nationalversammlung vom 19. Dezember 1918 erklärt die SPD die *demokratische Auffassung* als einen *ungeheure[n] moralische[n] Faktor*. Auf derselben Veranstaltung denunziert die USPD die *alte bürgerliche Demokratie mit ihrem Stimmzettel und ihrem Parlamenteln* zugunsten der *proletarischen Demokratie des Räteystems*. Im Jahr 1918 erscheint Thomas Manns umfänglicher Essay „Betrachtungen eines Unpolitischen“. Er erklärt *demokratische Aufklärung und menschliche Zivilisation* als *psychisch widerdeutsch*, als *politisch deutschfeindlich*, und er schmäh den *humanitär-demokratische[n] Zivilisations- und Gesellschaftsinternationalismus*. Die Reichsregierung votiert in ihrem Aufruf vom 8. Januar 1919 für die *freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal*. In seiner Rede vom 6. Februar 1919 anlässlich der Eröffnung der Nationalversammlung und in seiner Antrittsrede als Reichspräsident eine Woche später sind *Selbstbestimmungsrecht des Volkes* und das *große Prinzip der Selbstregierung* Eberts demokratische Leitideen. Die Wahlen zur Nationalversammlung haben erstmals Frauen das Recht zu wählen und gewählt zu werden erteilt. Die erste Frau, die vor einem deutschen Parlament spricht, ist Marie Juchacz, die das Plenum am 19. Februar 1919 Heiterkeit auslösend anredet mit *Meine Herren und Damen* und die das Frauenwahlrecht als ein Urelement von Demokratie versteht: *Wollte die Regierung eine demokratische Verfassung vorbereiten, dann gehörte zu dieser Vorbereitung das Volk, das ganze Volk in seiner Vertretung. Die Männer, die dem weiblichen Teil der deutschen Bevölkerung das bisher zu Unrecht vorenthaltene Staatsbürgerrecht gegeben haben, haben damit eine für jeden gerecht denkenden Menschen, auch für jeden Demokraten selbstverständliche Pflicht erfüllt. Und sie nennt diese neue Wirklichkeit, die es rechtfertige, von einem neuen Deutschland zu sprechen die volle Demokratie*. Die Verfassung vom 11. August 1919 legt als demokratische Prinzipien fest: *Die Staatsgewalt geht vom Volke aus .. Abgeordnete als Vertreter des ganzen Volkes [...] [werden] in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über zwanzig Jahre alten Männern und Frauen gewählt [...] Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich*. Schließlich: Auf der Reichstagsdebatte nach der Ermordung Rathenaus am 25.6.1922 ruft der SPD-Abgeordnete Wels dem Parlament zu: *Zu Wut und Haß von der Tribüne des Reichstags aufgerufen, haben organisierte Mörderbanden ein Menschenleben gefällt, er klagt die christlich Deutschnationalen an, die die politischen Meuchelmorde der Vergangenheit feierten*.

1919 ist Symbolzahl eines sprachlichen Umbruchs, und die politische Lexik erfährt substanzielle Weiterungen: Um 1919 ist das Demokratiekonzept alles andere als gefestigt, und der Instabilität dieses Konzepts entspricht die Instabilität der Gesellschaft und Politik, die z. B. den politischen Mord noch nicht vollkommen tabuisiert hat. Insofern ist das Kriminalisierungsvokabular Teil der diskursiven demokratischen Wirklichkeit, und zum Vokabular der „Schule der Demokratie“ zählen *Terror, Mord und Mörderbande, Gewalt und Verbrecher*. Instabilität manifestiert sich auch darin, dass man sich über Demokratie und ihre Ausdeutung in einer Ausführlichkeit verständigen muss, die zeigt, dass nichts Demokratisches selbstverständlich ist. Der Beharrungsdiskurs der politischen Mystik mit seinen Leitwörtern (*Glauben, Einzel-, Stammes-, Volksseele, Seelendreieinigkeit, unser gemeinsames deutsches Schicksal*), des rassistischen Nationalismus (*von heißer Vaterlandsliebe getragen, heilige Flamme vaterländischer Begeisterung, alle deutschen Stämme, Groß-Deutschland, Volksgenosse, deutsches Blut*) und der Demokratiefeindlichkeit von links und rechts (*Parlamenteln, starke Zentralgewalt des Reiches, monarchische Spitze*) ist stark. Insofern wir aber mit Recht erst dann von einem sprachlichen Umbruch sprechen können, wenn sprachliche Innovationen von der Ebene des Ereignisses auf die Ebene des Kontinuums wechseln, müssen wir festhalten, dass seit 1919, seit das Parlament der Weimarer Republik die konstitutionelle Monarchie abgelöst hat, der politisch-soziale Wortschatz insofern sozusagen einen Demokratisierungsschub erfahren hat, als die lexikalischen Repräsentanten des damaligen Neuerungskdiskurses seither zum festen Inventar der demokratischen Rede zählen: die Bezeichnungen demokratischen Handelns, das Organisationsvokabular des demokratischen Parlamentarismus, das Lexikon der repräsentativen Demokratie (*allgemeine, gleiche und geheime Wahlen, die Staatsgewalt geht vom Volke aus, Selbstbestimmung, Selbstregierung, Abgeordnete, Volksvertreter, Abstimmung*).

1949 – Demokratie als Lebensform³

Der Stimmenvielfalt von 1919 steht das Unisono von 1949 gegenüber (Gegenstand ist für das Folgende der westliche Diskurs). Die Beteiligten fragen: *Was ist Demokratie?* und geben Antwort, mit Formeln wie *Demokratie ist nicht (nur) ..., oder Demokratie ist mehr als ...*, die Demokratie als Lebensform, die ein individualisiertes und ethisiertes Demokratiekonzept ausrufen.

So plädiert Kurt Schumacher: *Die Demokratie im neuen Deutschland darf sich nicht auf das Politische beschränken, sie muß das ganze gesellschaftliche und*

kulturelle Leben durchdringen, muß bis zur letzten Konsequenz die große Selbstverständlichkeit im Leben unseres Volkes werden. Konrad Adenauer stellt die parlamentarische Regierungsform und Weltanschauung einander gegenüber: *Die Demokratie erschöpft sich für uns nicht in der parlamentarischen Regierungsform oder gar in der Herrschaft einer Mehrheit über eine Minderheit. [...] Demokratie ist mehr als parlamentarische Regierungsform; sie ist eine Weltanschauung.* In diesem Sinn versteht auch der Ministerpräsident von Hessen Georg August Zinn Demokratie als Lebensform: *Die Demokratie ist nicht nur eine Staatsform, in der eine bestimmte institutionelle Gliederung die Handhabung der staatlichen Macht regeln oder vor ihrem Mißbrauch schützen soll. Sie ist vor allem eine Lebensform. Menschenwürde und ein individualistisches Menschenbild als Konzeptelemente und Kontextpartner von Demokratie dokumentiert das Plädoyer Adolf Grimmes: Der demokratische Gedanke erkennt den Menschen als Menschen an, d.h. als freies Selbstentscheidungswesen. Demokratie ist deshalb die politische Form, in der die Achtung der Person Grundsatz geworden ist.* Der Pädagoge Eduard Spranger schließlich stellt einen Kontext zu Ethik und Sitte her: *Die schönste Demokratie nützt nichts, wenn die Menschen nicht aus ihrem Gewissen heraus leben, vielleicht gar kein Gewissen haben. Mit einer noch so verfeinerten Technik der Machtbildung ist der um sich greifenden Krankheit des politischen Lebens nicht abzuhelpen. Es muß zum gewissenhaften Leben, zu einer sittlich fundierten Politik erzogen werden.*

Insofern man im öffentlichen Diskurs um 1949 sich stets auf den Nationalsozialismus als Negativkonzept bezogen hat, insofern dessen Verbrechen und Unmenschlichkeit sozusagen die für alle Demokraten gleiche Bedingung der politischen Restituierung darstellt, setzt die Nachkriegsgeschichte des Demokratiekonzepts mit dessen Idealisierung ein. Merkmale des Demokratiekonzepts sind wesentlich die Elemente des humanistischen Menschenbildes und der Grundwerte, was auf ein Bedingungsverhältnis zwischen Demokratisierung und Ethisierung schließen lässt. Diese Ethisierung des Konzepts lässt sich als sprachliche Innovation des nachkriegsdeutschen Demokratieverständnisses verstehen. *Demokratie* ist eine ethisch-moralische Kategorie. Verstetigt und also auf die Ebene der Kontinuität gebracht ist diese Innovation mit dem ersten Satz des Grundgesetzes: *Die Würde des Menschen ist unantastbar.*

1969 – Partizipationsdemokratie

Das Jahr der Bundestagswahl, aus der die sozialliberale Koalition hervorgegangen ist, markiert auch eine kurze Phase in der Geschichte der Bundesrepublik, deren Name „Protestbewegung“ einer Chiffre mit hohem Evokationspotenzial gleichkommt. Die studentische und intellektuelle Linke hat diese Bewegung repräsen-

tiert und ihr Diskurs ist ein Demokratisierungsdiskurs, der die Vorstellung einer antiinstitutionellen Partizipationsdemokratie stark macht. Dieser Diskurs muss als das politische Handeln der Verantwortlichen durchaus beeinflussend bewertet werden. Diskursteilnehmer sind die intellektuelle Linke (z. B. vertreten durch Adorno und Habermas) und die studentische Linke (vertreten z. B. durch Dutschke). Fehlende Möglichkeit der Teilhabe an der Gestaltung von Politik und Gesellschaft ist das Monitum, in dem sich die junge, mittlere und ältere Generation (mit ihrem entsprechenden Weltbild), in dem sich orthodox bis gemäßigt Linke (mit ihrer entsprechenden Gesellschaftstheorie) zu dem kritischen Diskurs der späten 1960er Jahre zusammenfinden.

Adornos Kategoriengerüst zur Konstituierung seines Demokratiekonzepts besteht aus einem Register aufklärerisch-rationalistischer Termini: *Erziehung und Mündigkeit, Selbständigkeit, Bewusstsein und Willensbildung, Erfahrung und Verstand* sind seine zentralen Elemente, die zum Teil in einem Kausalitätsverhältnis zueinander stehen. Die für seinen Demokratiebegriff entscheidende ist die Ligatur von *Mündigkeit und Demokratie: Die Forderung zur Mündigkeit scheint in einer Demokratie selbstverständlich*. Den Bezug zu seinem Demokratiebegriff stellt Adorno derart her, dass er Willensbildung als Voraussetzung von Demokratie versteht und Mündigkeit als Form von Willensbildung interpretiert: *Demokratie beruht auf der Willensbildung eines jeden Einzelnen. [...] Man kann sich verwirklichte Demokratie nur als Gesellschaft von Mündigen vorstellen* (Adorno 1969, 133). Das Kategoriengerüst Habermas', mit dem er seinen Demokratiebegriff entwickelt, besteht, außer aus den bereits von Adorno eingeführten Elementen *Willensbildung und Vernunft* außerdem aus Kategorien wie *Beteiligung, Öffentlichkeit, herrschaftsfreier Dialog: Demokratische Willensbildung* sei das Prinzip, nach dem *Entscheidungen von einem in herrschaftsfreier Diskussion erzielten Konsensus abhängig* sind (Habermas 1967, 127). Dutschke definiert den politischen Kampf der Protestbewegung als das Stellen von *Forderungen nach radikaler Demokratisierung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens* (Dutschke 1967a, 86). Darüber hinaus wird das von Habermas vorgelegte Konzept von Öffentlichkeit von der studentischen Linken adaptiert und weitgehend approbiert. In der *Resolution zum Kampf gegen Manipulation und für die Demokratisierung der Öffentlichkeit*, die der SDS auf seiner Delegiertenkonferenz im September 1967 verabschiedet, ergeht der Appell: *eine aufklärende Gegenöffentlichkeit zu schaffen*. Dutschkes und des SDS Demokratiekonzept stößt jedoch schnell an die Grenze der Vereinbarkeit mit den Lehrern. Diese ist erreicht, wenn Dutschke das Konzept der *direkten Räte-demokratie* proponiert als ein *Gemeinwesen, das durch die solidarische Kooperation und gegenseitige Hilfe, durch die direkte Demokratie mündiger Menschen – in der Form von Komitees bzw. Räten – ge-*

tragen wird. Dass dieses *Gemeinwesen Parlament, Parteien und Exekutive [...] überflüssig* macht, ist der zutiefst antidemokratische Gedanke, der natürlich mit dem partizipatorischen Modell von Adorno und Habermas nicht vereinbar ist (Dutschke 1967b, 260).

Dieser kontroverse Demokratiediskurs der späten 1960er Jahre ist natürlich nicht mit dem Stimmengewirr der frühen Weimarer Zeit vergleichbar, gleichzeitig aber auch nicht mit dem Unisono der frühen Nachkriegszeit 1945ff. Die Diskursbeteiligten treffen sich in einem Grundverständnis: Mündigkeit ist zentrale Kategorie, ebenso Öffentlichkeit, Vernunft und Willensbildung. Das diesen Diskurs repräsentierende neue Demokratiekonzept (das auch in der vielzitierten Sentenz Willi Brandts, „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ aufgehoben ist) bildet so ein Netz von aufeinander bezogenen semantischen Elementen. Anders gesagt: Die lexikalisch-semantischen Einheiten dieses Netzes sind darstellbar als Elemente bzw. Repräsentationen des Ende der 1960er Jahre konstituierten neuen Demokratiekonzepts. Dass die radikale studentische Linke dann weiterhin auf das Konzept der Räte-demokratie setzt, ist von diesem Grundkonsens unberührt.

Das auf Mündigkeit und Kommunikation, auf aufgeklärte Vernunft und Unmittelbarkeit setzende Demokratiekonzept Ende der 1960er Jahre ist eine neue, aufklärerische, rationalisierte und fundamentalisierte Demokratieversion. Das Konzept *Demokratie* erhält hohe Evidenz mit Auswirkungen auf der gesellschaftlichen, mentalitätsverändernden Ebene. Das urdemokratische Vorbild des autonomen, mündigen Bürgers ist die Leitfigur dieses Prinzips, das dann insbesondere die vielleicht – auch sprachgeschichtlich – bedeutendste Folgeerscheinung des kritischen Demokratisierungsdiskurses der späten 1960er Jahre prägt. Es ist das semantische Feld *mündig – autonom – selbstbestimmt*, das die sich in den 1970er Jahren anschließende Bewegungsgeschichte (Friedens-, Umwelt-, Frauenbewegung etc.) motiviert.

1989 – Demokratie jetzt⁴

„Demokratie jetzt“, „Demokratischer Aufbruch“ – mit dem Schlüsselwort *Demokratie* geben sich 1989 Bürgerrechtsgruppen einen Namen und damit ein Programm. Dieses Programm wird 1989/90 ausgedeutet.

Das „Neue Forum“, das sich als *unabhängige politische Vereinigung von Bürgerinnen und Bürgern, die Demokratie in allen Lebensbereichen durchsetzen wollen*, versteht, fordert in seinem Gründungsaufwurf vom 10. September 1989 einen *demokratischen[n] Dialog [...] über die Aufgabe des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur, man solle darüber in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land, nachdenken und spre-*

chen. In ihrem Gründungsaufwurf vom 12. September 1989 formuliert die Bürgerrechtsbewegung „Demokratie jetzt“ „Thesen für eine demokratische Umgestaltung der DDR“, in denen für ein neues partnerschaftliches Verhältnis zu unserer Mitwelt geworben und eine öffentliche Diskussion der Umweltprobleme gefordert wird. Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ verspricht in einem programmatischen Papier vom 28. Oktober 1989: *Die IFM berücksichtigt den tatsächlich vorhandenen Pluralismus von Meinungen und Interessen. Sie wird stets versuchen, Öffentlichkeit herzustellen, eine freie und unbehinderte Information und Kommunikation zu erreichen.* Jochen Läßig, Sprecher des Neuen Forum Leipzig, sieht in einer Ansprache zu der Montagsdemonstration am 6. November 1989 eine demokratische Umgestaltung [...] erst dann [als] erfolgt, wenn wir das Gefühl haben, daß die Regierung der DDR unsere Regierung ist, eine Regierung des Volkes. Und dieses Gefühl haben wir erst dann, wenn nach Herstellung völliger Medienfreiheit, freie Wahlen durchgeführt werden, Wahlen, die durch Aufstellung verschiedener Parteien, Organisationen, Personen mit ihren Programmen dem Bürger eine wirkliche Wahl lassen. Die Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“ nennt in ihrer „Antwort auf Helmut Kohl“ die Grundelemente einer demokratischen Wirklichkeit: *Bürgerbewegungen wissen aus eigener Erfahrung, daß Demokratie nur mit sozialen Rechten, Chancengleichheit, Gewaltfreiheit und Solidarität möglich ist* (Demokratie jetzt, Antwort auf Helmut Kohl, 28.11.1989). Am 22. Januar 1990 setzt Jochen Läßig Vergangenheit und Zukunft zueinander in Beziehung: *Hinter uns liegt Diktatur, Meinungseinfalt, Totalitarismus. Vor uns liegt Pluralität, Demokratie, Toleranz* (Jochen Läßig, 22.1.1990). Der erste von sechs „Bausteinen unserer Politik“, die die „Vereinigte Linke“ am 23. Januar 1990 vorgibt, heißt *Basisdemokratie: sonst steht das Parlament wieder dem Volk gegenüber und läßt Machtmißbrauch zu.*

Drei Aspekte des ostdeutschen Demokratiediskurses von 1989 sind festzuhalten. 1. Die Demokratiekonzepte von 1989 sind wie die von 1949 unter den Bedingungen einer Diktatur entstanden – deshalb weisen sie viele Parallelen auf hinsichtlich der Elemente Rechtsstaat, Pluralismus, Gewaltfreiheit. 2. Der Demokratiediskurs von 1989 ist ein nachgeholter 68er-Diskurs – so scheint es angesichts der identischen Konzeptelemente *Direktheit* und *Kontrolle*, *Öffentlichkeit* und *Basisdemokratie*. Mit der Logik der jeweiligen Protagonisten lässt sich diese Parallele plausibilisieren: Voraussetzung für die Demokratiekonzepte der späten 1960er Jahre in der Bundesrepublik und der späten 1980er Jahre der DDR ist der als autoritär (1968/69) bzw. diktatorisch (1989) bewertete Staat. 3. Der Demokratiediskurs von 1989 erfährt eine ökologisierende Erweiterung und schließt damit an den westdeutschen Ökologiediskurs, der seit den 1970er Jahren geführt wird, an. Der Demokratiediskurs von 1989 als sprachlicher Umbruch? Aus der DDR-Perspektive

selbstverständlich, denn wann zuvor war es Bürgern dieses Staates möglich (i. e. erlaubt), Konzepte einer echten Demokratie, einer demokratischen Partizipation des Volkes öffentlich zu formulieren?

Fazit

Bezogen auf unseren sprachgeschichtlichen Gegenstand können wir nach diesen Überlegungen sagen: Die sprachliche Umbruchgeschichte des 20. Jahrhunderts ist eine Geschichte der sprachlichen Demokratisierung. Es ist dies auch sprachlich eine Geschichte der Schübe. Die auf neun endenden Symbolzahlen der Politik- und Zeitgeschichte markieren insofern auch Zäsuren der Sprachgeschichte.

Anmerkungen

- ¹ Jochen Hörisch nimmt diesen Aktualitätsbezug zum Anlass, ein Kontinuum in Zwanzig-Jahres-Schritten, 1789 beginnend, auszumachen, in dem das 20. Jahrhundert die Schnitte 1909, 1929, 1949, 1969 und 1989 aufweist (vgl. Hörisch 2009).
- ² Mit Ausnahme der aus dem Internet entnommenen Rede von Marie Juchacz (Juchacz 1919) stammen die Texte aus Michalka/Niedhart 1980.
- ³ Die Belege stammen aus Kämper 2007, s.v. *Demokratie*, bzw. <www.owid.de/Diskurs1945-55/index.html>.
- ⁴ Die Belege sind <www.Chronik-der-Wende.de> entnommen.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1969): *Erziehung zur Mündigkeit*. In: Adorno, Theodor W. (1971): *Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959-1969*. Herausgegeben von Gerd Kadelbach. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 133-147.
- Dutschke, Rudi (1967a): *Keiner Partei dürfen wir vertrauen*. In: Dutschke, Rudi (1980): *Geschichte ist machbar. Texte über das herrschende Falsche und die Radikalität des Friedens*. Herausgegeben von Jürgen Miermeister. Berlin: Wagenbach, S. 86-88.
- Dutschke, Rudi (1967b): *Zum Verhältnis von Organisation und Emanzipationsbewegung – Zum Besuch Herbert Marcuses*. In: Kraushaar, Wolfgang (Hg.) (2003): *Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail. 1946 bis 1995. Band 2*. Hamburg: Hamburger Edition Digital, S. 255-260.
- Gipper, Helmut (1984): *Die Sprache als Voraussetzung und Medium der kulturellen Entwicklung*. In: *Sprachgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung*. Herausgegeben von Werner Besch, Oskar Reichmann, Stefan Sonderegger. Berlin / New York: de Gruyter, S. 8-18.

- Habermas, Jürgen (1967): Universität in der Demokratie – Demokratisierung der Universität. In: Habermas, Jürgen (1969a): Protestbewegung und Hochschulreform. Frankfurt a.M.: Suhrkamp. S. 108-133.
- Hörisch, Jochen (2009): Der Takt der Geschichte: die Schwellenjahre der Geschichte. Aachen: der blaue reiter Verlag für Philosophie.
- Juchacz, Marie (1919): http://de.encarta.msn.com/sidebar_1201507964/Marie_Juchacz_Rede_vor_der_Weimarer_Nationalversammlung.html
- Kaelble, Hartmut (2001). Wege zur Demokratie. Von der Französischen Revolution zur Europäischen Union. Stuttgart / München: Deutsche Verlagsanstalt.
- Kämper, Heidrun (2007): Opfer – Täter – Nichttäter. Ein Wörterbuch zum Schuldiskurs 1945-1955. Berlin / New York: de Gruyter. (auch in: www.owid.de/Diskurs1945-55/index.html)
- Linke, Angelika (1998): Sprache, Gesellschaft und Geschichte. Überlegungen zur symbolischen Funktion kommunikativer Praktiken der Distanz. In: ZGL 26.2., S. 135-154.
- Michalka, Wolfgang/Gotfried Niedhart (1980) (Hgg.): Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918-1933. München: Deutscher Taschenbuchverlag.
- <www.Chronik-der-Wende.de>
- Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Deutsche Sprache in Mannheim.